

Wirtschaft

Nestlé, die Schweiz und das Wassermopoly

Die Entwicklungsagentur des Bundes (Deza) unterstützt eine Initiative für sauberes Trinkwasser, hinter der auch die Getränkegiganten Nestlé, Pepsi und Coke stehen. Hilfswerke kritisieren das Engagement.

Von Romeo Regenass

Das Recht auf Wasser ist ein Menschenrecht und als solches seit 2010 in einer Resolution der UNO verankert. Gleichzeitig ist Wasser knapp, mit dem steigenden Wohlstand auf der Welt wird es global sogar immer knapper. Im neusten Global Risks Report des World Economic Forum (WEF) ist Wassermangel auf Rang 2 der weltweiten Risiken vorgeführt. Ohne Wasser könnten viele Industrien dichtmachen, angefangen bei der Getränke- und Nahrungsmittelindustrie über Minenkonzerne bis hin zur Textilindustrie. Im Milliardengeschäft Wasser sind vielfältige Interessen im Spiel.

Für die Schweiz, das Wasserschloss Europas, ist die Nutzung der Ressource als Trinkwasser sowie für die Nahrungsmittelproduktion von grosser Bedeutung. Dessen ist sich auch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Bundes (Deza) bewusst. Daher hat sie Wasser ins Zentrum ihrer Tätigkeit gerückt. «Hohe Priorität hat dabei auch der Schutz der Wasserressourcen und der dazugehörigen Ökosysteme im Sinne des Weltprogramms für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen», schreibt die Deza auf ihrer Website.

Rund 150 Millionen Franken oder fast 10 Prozent ihres Budgets widmet die Deza jährlich dem Bereich Wasser und Hygiene. Davon entfallen laut George Farago, Sprecher des Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA), zu dem die Deza gehört, nur 3,5 Prozent auf Partnerschaften mit dem Privatsektor. Dennoch gibt just ein solches Engagement Anlass zu Kontroversen: das starke Engagement der Deza in der 2030 Water Resources Group (WRG).

Die WRG wurde 2008 auf Initiative des WEF gegründet und hat den Sitz bei der International Finance Corporation, die ihrerseits zur Weltbank gehört. Die WRG definiert sich als «einzigartige Partnerschaft öffentlicher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Kräfte, die Regierungen hilft, Reformen voranzubringen, die ein nachhaltiges Management der Wasserressourcen sicherstellen, das langfristig Entwicklung und Wachstum für diese Länder bringt». Die WRG will sich auch um die «sozialen und ökologischen Implikationen der Wassernutzung» kümmern.

Private Konzerne dominieren

Präsident der WRG ist Peter Brabeck, der Präsident des Verwaltungsrats des Westschweizer Food- und Getränkekonzerne Nestlé, der seit Jahren als Wasserprediger unterwegs ist. Mit Coca-Cola und Pepsi sind zwei weitere Getränkegiganten Kernmitglieder und Sponsoren der WRG. Von öffentlicher Seite sind es die Weltbank, die Schweizer Deza und ihr schwedisches Pendant Sida. Zusammen haben diese Kernmitglieder rund 12 Millionen Dollar für zwei Jahre Geschäftstätigkeit der WRG aufgebracht. Nestlés Beitrag beträgt gemäss Sprecherin Nina Backes 1 Million Dollar. Hinzu kommen «variable Beiträge für die Arbeit der WRG in



Abgefülltes Wasser von Nestlé hat in aufstrebenden Nationen wie Ägypten eine grosse Bedeutung. Im Bild: Ein Nestlé-Lieferwagen in Kairo. Foto: Mark Henley (Panos)

Die Deza finanziert das Wasserprojekt direkt und indirekt mit einem Beitrag von insgesamt 3 Millionen Franken.

einzelnen Ländern sowie ein allgemeiner Beitrag ans WEF, von dem ein Teil in die Arbeit zum Thema Wasser fliesst».

Die offizielle Schweiz hat 1,575 Millionen Franken dazu beigetragen, weitere 1,1 Millionen gehen an zwei mit der WRG verbundene Wasserinitiativen. Zudem finanziert die Deza laut EDA mit 385 000 Franken einen Mitarbeiter, der zwei Jahre für die WRG und die anderen Initiativen arbeitet. Macht total knapp 3 Millionen.

In der Gründungsphase war auch die US-Entwicklungsagentur Usaid mit von der Partie, doch sie hat ihr Engagement reduziert und ist nur in einem Projekt in Jordanien engagiert. Einen Grund dafür nennt die Agentur auf TA-Anfrage nicht. Ähnlich verhält es sich mit dem Schweizer Saatgutkonzern Syngenta oder der italienischen Barilla: Sie sind engagiert, aber nur in einzelnen Projekten und Ländern.

Die Deza spricht auch Gelder für Public-Private-Partnerships, also Partnerschaften zwischen öffentlichen Wasserversorgungen in der Schweiz und staatlichen ausländischen Stellen. Die Organisation Solidarité'eau, mit der Wasser-

versorger Trinkwasserprojekte in Entwicklungsländern unterstützen, erhält von der Deza jedoch nur 500 000 Franken, verteilt auf drei Jahre. Zudem zahlt die Deza Schweizer Gemeinden und Wasserversorgern bis zu 50 Prozent des Engagements. Ein Projekt in Mauretanien, bei dem die Stadt Lausanne die Federführung hatte, wurde zum Beispiel mit 500 000 Franken unterstützt.

Kritik am Deza-Engagement

Alliance Sud, die Dachorganisation der Schweizer Hilfswerke, meldet bezüglich der Partnerschaften mit der Privatwirtschaft Vorbehalte an. «Steuer Gelder und der gute Ruf der Deza dürfen nicht für die Unterstützung multinationaler Firmen missbraucht werden», sagt Nicole Werner, die bei Alliance Sud das Dossier Wasser betreut.

Alliance-Sud-Geschäftsleiter Peter Niggli kritisiert, dass die WRG explizit nur Public-Private-Partnerships fördert. «Entwicklungsagenturen wie die Deza sollten mehr in den Auf- und Ausbau öffentlicher Wasserversorgungsnetze zusammen mit öffentlichen Wasserwerken investieren», sagt Niggli. «Das nötige Wissen wäre ja vorhanden.» Das habe die Wasserversorgung Zürich vor Jahren in Kunming bewiesen.

Doch die Deza, die durch ihren Direktor Martin Dahinden in der WRG vertreten ist, winkt ab: «Bei dieser Zusammenarbeit geht es nicht um Wasserversorgung, sondern um Wasserverbrauch und Wassermanagement - auch wenn der

universelle Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Anlagen ein Kernwert der Initiative ist.» Mit dem Engagement will die Deza unter anderem Einfluss nehmen auf die Privatwirtschaft und garantieren, dass soziale und ökologische Aspekte bei der Umsetzung vor Ort respektiert werden. Der Privatsektor ohne Agro-Business stehe für 20 Prozent des weltweiten Wasserverbrauchs. «Deshalb ist es legitim, sich in diesem Bereich zu engagieren, um zur Verbesserung des Wassermanagements beizutragen.»

Neue Nestlé-Fabrik in der Nähe

Eines der ersten konkreten Engagements der 2030 Water Resources Group betrifft den Bundesstaat Karnataka, eine der trockensten und wasserärmsten Gegenden Indiens. Um das knappe Gut Wasser liefern sich Landwirtschaft, Lebensmittelhersteller, Energieerzeuger und andere einen heissen Kampf. Zusammen mit den lokalen Behörden hat die WRG seit 2011 einen Plan ausgearbeitet, wie in erster Linie in der Landwirtschaft effizienter mit Wasser umgegangen werden soll.

Zufall oder nicht: Ebenfalls 2011 hat Nestlé in Karnataka eine neue Fabrik für Maggi-Gewürze, Instantnudeln und Ketchup eröffnet. Nach der Eröffnung besuchte Nestlé-Chef Paul Bulcke eine Schule und klärte die Mädchen darüber auf, wie wichtig gesunde Ernährung und Bewegung für sie seien.

Weshalb sich Nestlé so sehr beim Thema Wasser engagiert, macht der

Konzern im neusten Bericht zur unternehmerischen Verantwortung klar: «Die Qualität und Verfügbarkeit von Wasser ist entscheidend für das Leben, die Produktion von Nahrungsmitteln und unser Geschäft. Deshalb ist es von grösster Bedeutung, dass wir in den Bemühungen, die globale Wasserkrise in den Griff zu kriegen, eine aktive Rolle einnehmen.»

Dokfilm

Wem gehört das Wasser?

Der deutsche Sender NDR zeigt heute Abend einen 45-minütigen Dokumentarfilm zum Kampf um den Besitz der weltweiten Wasserreserven. Mehrere Weltkonzerne liefern sich laut Autor Christian Jentsch ein Wettrennen um die besten Trinkwasserquellen - allen voran Coca-Cola, Pepsi und Nestlé, der grösste Lebensmittelhersteller des Planeten. Die Wassergiganten kaufen rund um den Globus die besten Quellen auf und machen damit Milliarden Gewinne. Gleichzeitig wird Trinkwasser in manchen Weltgegenden privatisiert; der Preis steigt dann um bis zu 200 Prozent. Wo die grossen Wasserkonzerne abpumpen, regt sich oft Widerstand in den betroffenen Kommunen. «45 Min» folgt den Spuren der Milliardenengeschäfte mit dem Wasser rund um den Globus. Nestlés Strategie ist klar. Schon der frühere Konzernchef Helmut Maucher sagte: «Wasser wird weltweit immer knapper, deshalb wollen wir die Hand auf die Quellen halten.» (meo)

NDR; Montag, 18. März, 22.00 bis 22.45 Uhr.

SBB-Auftrag: Bombardier droht Strafzahlung über Hunderte Millionen Franken

Die verspätete Auslieferung 59 neuer Doppelstockzüge an die SBB kann ruinös teuer werden für den Zugbauer.

Von Andreas Flütsch

Dass die Auslieferung der neuen Doppelstockzüge an die Schweizer Bundesbahnen mit zwei Jahren Verzögerung ab Ende 2015 beginnt, ist seit letztem Frühling bekannt. Jetzt wird langsam absehbar, wie teuer der Verzug für den Lieferanten Bombardier werden kann.

Aus den Offertenunterlagen für den Grossauftrag über 1,9 Milliarden Franken lasse sich herleiten, dass der Lieferant mit Hauptsitz in Kanada für jede Woche, die ein Zug zu spät abgeliefert werde, 150 000 Franken Konventionalstrafe zahlen müsse, berichtet «Der Sonntag»: Bei einem Jahr Rückstand mache das pro Zug 7,8 Millionen Franken aus, insgesamt drohten Bombardier Strafzahlungen von 460 Millionen.

Diese Zahlen könne er nicht kommentieren, sagt Stéphane Wettstein, Chef von Bombardier Schweiz, denn mit den SBB sei über die finanziellen Folgen des Lieferverzugs noch nicht verhandelt worden. Vereinbart sei, so Wettstein, dass die Züge den Bundesbahnen zwischen Ende 2013 und 2019 in mehreren Teillieferungen übergeben würden.

Welche Summe Bombardier am Schluss nach Bern überweisen muss, wird stark davon abhängen, wie viele



Die Bombardier-Doppelstockzüge für die SBB. Foto: Gaetan Bally (Keystone)

der 59 Züge bis 2019 mit wie viel Rückstand auf die vereinbarte Marschtabelle übergeben werden. Wie diese genau aussieht, wollte Wettstein gegenüber dem TA nicht sagen. Die Verträge mit den SBB seien vertraulich.

Die Aufholjagd läuft

Eines der beiden derzeit bekannten Verspätungsjahre müssen die SBB auf die eigene Kappe nehmen. Zum einen verlangten sie beim grössten Rollmaterialauftrag ihrer Geschichte nachträglich eine Vielzahl von Änderungen, zum anderen sorgte der Streit um Behinderten-WCs vor Gericht für Verzögerungen.

Das zweite Jahr Verspätung hat Bombardier indes selbst zu verantworten, wie Wettstein bereits letztes Jahr gegenüber der «Handelszeitung» anerkannte. Der von Bombardier gebaute Doppelstockige Wagenkasten habe in der internen Qualitätsprüfung die Produktanforderungen nicht erfüllt. Die SBB hätten auf höherer Druckfestigkeit bestanden, was Bombardier zu spät bemerkt habe.

Inzwischen sei Bombardier - über das eine Jahr hinaus - weitere sechs Wochen im Rückstand, so die «Handelszeitung», in Industriekreisen sei insgesamt von bis zu vier Jahren Verspätung die Rede. Darüber wolle er nicht spekulieren, entgegnet Wettstein. Bombardier setze alles daran, ihren jetzigen Rückstand mit einem Aufholprogramm möglichst weit abzubauen. In Berlin soll im Mehrschichtbetrieb gearbeitet und bei Bedarf mit Extraschichten gefahren werden.

Wie erfolgreich diese Aufholjagd sein wird, bleibt abzuwarten. Geliefert werden die in Aluminiumbauweise gefertigten Wagenkästen aus einem Bombardier-Werk in Berlin. Die Endmontage erfolgt bei Bombardier Schweiz in Ville neuve VD am Genfersee, wo die derzeitige Kurzarbeit in Betriebsamkeit umschlagen dürfte, sobald die Lieferungen aus Berlin in Fahrt kommen.

Ärger könnten Bombardier zudem die vielen Unterlieferanten für den SBB-Grossauftrag machen. Diese können den Zugbauer wegen verspäteter Annahme

auf Schadenersatz verklagen, wenn Bombardier Produkte oder Dienstleistungen nicht zum vereinbarten Zeitpunkt entgegennimmt.

Deutsche Bahn geht vor Gericht

Wie gross solche Folgeschäden der Unterlieferanten sind, ist von aussen kaum abschätzbar. Auch wie weit Bombardier diese tragen muss, hängt im Einzelfall weitgehend von der Verhandlungsmacht der Lieferanten ab.

Bombardier hat auch mit anderen Kunden Ärger: Die Deutsche Bahn fordert 350 Millionen Euro Schadenersatz für fehlerhafte S-Bahnen in Berlin. Die Anfang März am Landgericht Berlin eingereichte Klage spricht von Mängeln an Rädern, Achsen, Bremsen und Motoren. Insgesamt fordert die Deutsche Bahn in mehreren Verfahren über 500 Millionen Euro. Bombardier betonte, die Vorwürfe seien unbegründet und rufschädigend. Der Konzern drohte seinerseits mit Klage, sollte die Deutsche Bahn ihre Vorwürfe aufrechterhalten.